

22.01.2026

VÖB-Präsident Thomas Groß fordert Regulierungsrückbau

- VÖB-Analyse zeigt: 434 neue Vorschriften allein im Jahr 2025, seit 2008 insgesamt 6.233 neue Vorschriften
- Groß: „Mutiger Rückbau zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland erforderlich“
- Verwaltungsausgaben der Aufsichtsbehörden ebenfalls deutlich gestiegen

Berlin – Die regulatorische Belastung für Kreditinstitute hat auch im Jahr 2025 weiter zugenommen. Insgesamt sind im vergangenen Jahr 434 neue Vorschriften auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene auf den Weg gebracht worden, die konkrete Anforderungen für Kreditinstitute in Deutschland begründen. Seit der Finanzmarktkrise 2008 wurden insgesamt 6.233 neue Vorschriften erlassen. Die Analyse basiert auf Auswertungen des Informationsdienstes RADAR der VÖB-Service GmbH.

Vor diesem Hintergrund fordert VÖB-Präsident **Thomas Groß** einen Regulierungsrückbau: „Das zunehmend enger werdende regulatorische Korsett schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Banken und lähmt sie bei der Wahrnehmung ihrer Kernaufgabe, der Finanzierung von Wachstum und Investitionen sowie der nachhaltigen Transformation und Erneuerung unserer Infrastruktur. Erforderlich ist ein mutiger Rückbau von Anforderungen, die über das Ziel hinausschießen, sich überschneiden oder zu detailliert sind. Ansonsten droht der Finanzstandort im internationalen Vergleich ins Hintertreffen zu geraten. Die wenigen konkreten Vorschläge für Regulierungsvereinfachungen sehen derzeit zudem vor, dass diese oftmals mit Verschärfungen an anderer Stelle erkauf werden müssen.“

Wie Berechnungen des VÖB zudem zeigen, sind die Verwaltungsausgaben der EZB-Bankenaufsicht im Zeitraum von 2014 bis 2024 um 334 % gestiegen. Die umlagefähigen Kosten der BaFin im Aufgabenbereich Banken und sonstige Finanzdienstleistungen sind im selben Zeitraum um 182 % gestiegen.

Weitere Hintergrundinfos finden sich [hier](#).

Der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, ist ein Spitzenverband der deutschen Kreditwirtschaft. Er vertritt die Interessen von 64 Mitgliedern, darunter die Landesbanken sowie die Förderbanken des Bundes und der Länder. Die Mitgliedsinstitute des VÖB haben eine Bilanzsumme von rund 3.200 Milliarden Euro und bilden damit etwa ein Viertel des deutschen Bankenmarktes ab. Die öffentlichen Banken nehmen ihre Verantwortung für Mittelstand, Unternehmen, die öffentliche Hand und Privatkunden wahr und sind in allen Teilen Deutschlands fest in ihren Heimatregionen verwurzelt. Mit 57 Prozent sind die ordentlichen VÖB-

Pressekontakt:
Dr. Thomas Klodt
Telefon: +49 162 27 35 123
thomas.klodt@voeb.de
www.voeb.de

Mitgliedsbanken Marktführer bei der Kommunalfinanzierung und stellen zudem rund 22 Prozent aller Unternehmenskredite in Deutschland zur Verfügung. Die Förderbanken im VÖB haben im Jahr 2024 Förderdarlehen in Höhe von knapp 60 Milliarden Euro bereitgestellt. Als einziger kreditwirtschaftlicher Verband übt der VÖB die Funktion eines Arbeitgeberverbandes für seine Mitgliedsinstitute aus. Die tarifrechtlichen Aufgaben, insbesondere der Abschluss von Tarifverträgen, werden von der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken wahrgenommen. Ihr gehören rund 65.000 Beschäftigte der VÖB-Mitgliedsinstitute an. Weitere Informationen unter www.voeb.de